

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Gerd Mannes

Abg. Martin Schöffel

Abg. Gisela Sengl

Abg. Andreas Winhart

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Ruth Müller

Abg. Christoph Skutella

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt, die **Listennummer 21** der **Anlage zur Tagesordnung**:

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Ralf Stadler, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)

Erhalt der gesamten Technologie und Wertschöpfungskette des Zuckerrübenanbaus in Deutschland (Drs. 18/2817)

Ich eröffne die Aussprache. 32 Minuten Gesamtredzeit der Fraktionen! Erster Redner ist Herr Abgeordneter Mannes von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Gestern demonstrierten Zehntausende Landwirte im ganzen Bundesgebiet, auch in Bayern, gegen die fehlgeleitete Landwirtschaftspolitik der Regierung. Was unsere Bauern antreibt, ist die Sorge über die wachsende Bürokratie, unfaire Wettbewerbsbedingungen, die Macht des Einzelhandels und die pure Angst um ihre wirtschaftliche Existenz.

Auch der Zuckerrübenanbau ist schwer von dem sich abzeichnenden Strukturwandel in der Landwirtschaft betroffen. Die Hauptgründe hierfür liegen in einer fatalen Mischung aus aggressiver Marktöffnungspolitik und einer gleichzeitig überbordenden Demokratie, die immer mehr zum Nachteil unserer Bauern betrieben wird. Dies trifft gerade die traditionellen kleinbäuerlichen Strukturen in Bayern.

Ein Abkommen wie Mercosur mag nach Fortschritt klingen, aber für einige ländliche Regionen in Bayern bedeutet die unkritische Umsetzung des Abkommens den Verlust von Arbeitsplätzen und Wohlstand. Am Beispiel der Zuckerrüben ist das deutlich an den Preisen abzulesen: Kostete der Zucker 2013 noch 750 Euro pro Tonne, so sind es heute knapp 300 Euro.

Wir stehen vor der Frage, ob der Zuckerrübenanbau in Deutschland mitsamt seiner Technologie, seinen Arbeitsplätzen und Wertschöpfungsketten erhalten werden soll

oder nicht. Mit vor- und nachgelagerten Arbeitsplätzen sprechen wir hier immerhin von der Einkommenssicherung für rund 80.000 Menschen. Der Ertrag, den eine Zuckerrübenfabrik erwirtschaftet, kommt dem gesamten Anbaugebiet zugute, weil 80 % der Wertschöpfung in der Region verbleiben.

Wenn die Staatsregierung weiter untätig bleibt, ist es nicht mehr die Frage, ob, sondern nur noch die Frage, bis wann die Zuckerrübenwirtschaft in Bayern ihre Existenzgrundlage endgültig verliert. Deshalb brauchen wir eine bayernweite Initiative zur Stärkung unseres heimischen Zuckerrübenanbaus. Insbesondere müssen die Wettbewerbsbedingungen für alle Rübenbauern in Europa gleich sein.

Daher fordert die AfD erstens eine Notfallzulassung für Zuckerrübenbeizmittel, die ihren Namen auch verdient; zweitens eine Zulassung neuer und alternativer Pflanzenschutzmittel, selbstverständlich nach sachgerechter Prüfung; drittens gleichwertige Aussaatbedingungen in allen EU-Mitgliedstaaten und viertens, dass sich die Staatsregierung bei der EU für die strikte Einhaltung festgeschriebener Umwelt- und Arbeitsschutzauflagen einsetzt, gerade im Zusammenhang mit Handelsabkommen wie dem EU-Mercosur-Abkommen.

Wir müssen unsere Landwirte vor unfairem Wettbewerb schützen. So ist in neun EU-Mitgliedstaaten die Beize im Rübenanbau in besonderen Fällen zugelassen, in Deutschland aktuell jedoch nicht. In elf europäischen Ländern werden für Zuckerrübenbauern sogar bis zu 500 Euro Zuschuss je Hektar gewährt, was zu starken Marktverzerrungen zulasten unserer Landwirte führt.

Insgesamt sind das keine fairen Wettbewerbsbedingungen für unsere Landwirte. Sollte die heimische Erzeugung weiter zurückgedrängt werden, werden die Importe zuungunsten unserer Landwirtschaft weiter steigen. Über die ökologischen Standards dieser Importe muss man sich keine großen Illusionen machen.

Deutschland ist immer noch der viertgrößte Zuckerrübenproduzent weltweit. Sorgen wir dafür, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Wir bitten um Zustimmung für unseren Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Mannes. – Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Schöffel von der CSU-Fraktion.

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat ist die deutsche Zuckerbranche derzeit in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Die Ursachen sind vielfältig. Zum einen haben wir eine weltweite Überproduktion und einen gesättigten Markt. Wir haben aber in Europa und in Deutschland in den letzten Jahren auch eine Ausweitung der Anbauflächen gesehen; zum Beispiel in Bayern in 2017 ein Plus von 19 %. Auch in Europa wird mehr produziert, als abgesetzt werden kann. Europa ist zum Netto-Exporteur geworden. Was auch zu Recht beklagt wird, sind Wettbewerbsverzerrungen in der EU. Das hängt mit diesen gekoppelten Zahlungen zusammen, die in anderen Ländern gewährt werden, und mit Notfallzulassungen von Pflanzenschutzmitteln, die in der EU gar nicht mehr zugelassen sind.

Die Handlungsfelder sind damit klar: Erstens, die EU-Kommission. Es muss verhindert werden, dass unberechtigte Notfallzulassungen erteilt werden, und das muss in Europa einheitlich gehandhabt werden. Es darf auch nicht mehr sein, dass gekoppelte Zahlungen für Ackerfrüchte zu solchen Wettbewerbsverzerrungen führen. Bayern hat gerade zu diesem Thema wieder einen Antrag zur nächsten Agrarministerkonferenz gestellt und nimmt dieses Thema sehr ernst.

Es gibt natürlich auch Themen in Deutschland, was die Forschung zur Bekämpfung von Viren und bakteriellen Krankheiten anbelangt. Bienenunschädliche Beizungen müssen gesucht und geprüft, Pflanzenschutzmittel schneller zugelassen werden. Natürlich dürfen – das war das Thema dieser Woche – pauschale Verbote von Pflanzenschutzmitteln auch nicht umgesetzt werden, wie sie derzeit diskutiert werden.

Gehandelt werden muss in Berlin und in Brüssel. Die Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion sind in dieser Sache schon das ganze Jahr aktiv. Wenn Sie heute hier von Untätigkeit sprechen, ist das eine Unverschämtheit, die ich zurückweise. Populismus führt nicht zum Ziel und ist keine Lösung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der AfD)

Kommen wir noch mal zur Sache. Wir haben am 27. März 2019 einen Antrag zu fairen Rahmenbedingungen für den Zuckerrübenanbau gestellt, Drucksache 18/1288. Der Beschluss der Agrarministerkonferenz zum gleichen Thema war am 12. April 2019. Daraufhin hat sich die Bundesregierung in Brüssel eingesetzt. Neue Anträge von Bayern für die Agrarministerkonferenz liegen vor.

Der Antrag der AfD kommt viel zu spät und ist in drei von vier Spiegelstrichen völlig unklar. Er muss deswegen abgelehnt werden. Wir nehmen die Anliegen der Zuckerrübenbauern sehr ernst. Was Sie hier vortragen, weisen wir aber zurück.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Schöffel. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Kollegin Gisela Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag ist ein richtiges Sammelsurium. Es sind lauter Maßnahmen, die dem Erhalt der bayerischen Zuckerproduktion dienen sollen, aber diese Maßnahmen halten wir alle nicht für zielführend. Das gilt vor allem für die Forderung nach der Notfallzulassung für Zuckerrübenbeizmittel, also für Neonicotinoide. Die lehnen wir entschieden ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neonicotinoide sind nämlich tödlich für Bienen. Sie schädigen den Orientierungssinn, das Lernverhalten und die Fortpflanzungsfähigkeit von Honigbienen und Wildbienen.

Insgesamt ist erwiesen, dass Neonicotinoide Honigbienen und viele andere Insekten dauerhaft schädigen, eben bis zum Tod. Dabei ist es ganz egal, ob man sie als Beizmittel verwendet oder appliziert. Wir müssen eine Landwirtschaft ohne Chemie und damit ohne schädliche Auswirkungen auf Insekten ermöglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür brauchen wir Forschungsgelder. Das wäre doch mal eine gute Idee gewesen für einen insektenfreundlichen Zuckerrübenanbau. Das ist der richtige Ansatz. Wir brauchen also eine starke Unterstützung für den Biozuckerrübenanbau. Biozucker ist nämlich ein nachgefragtes Produkt. Hier kann die heimische Produktion überhaupt nicht die Nachfrage befriedigen. Der größte Anteil des Biozuckers, der augenblicklich im Handel ist, ist Biorohrzucker, meistens aus Südamerika. Mit der Umstellung des Zuckerrübenbaus auf Bio könnten wir den hohen Import ersetzen und hätten wieder ein Premiumprodukt, das wir mit dem Bayerischen Bio-Siegel ausstatten könnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zuckerrübe war bis 2016 ein sicherer und bedeutender Einkommensanteil der bayerischen Ackerbaubetriebe. Die Reform der Zuckermarktordnung und die damit verbundene Quotenabschaffung haben den Zuckermarkt stark verändert. Deshalb ist es auch richtig, dass wir uns mit dem Thema politisch beschäftigen. Aber der vorliegende Antrag bedient nur eine rückwärtsgewandte Landwirtschaft und bringt überhaupt nichts zur Sicherung der Zuckerrübenbranche in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft muss nämlich umweltschonend sein, damit sie zukunftssicher ist. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Sengl, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Abgeordneter Winhart von der AfD gemeldet. Herr Winhart, bitte.

Andreas Winhart (AfD): Kollegin Sengl, Sie haben gerade den Zuckerrübenanbau angesprochen und gesagt, die Nachfrage kann derzeit gar nicht befriedigt werden. Sie haben auch erwähnt, dass im Moment viel Biozucker aus Südamerika kommt. Ihre Fraktion favorisiert durchaus auch das Mercosur-Abkommen. Denken Sie, dass es dadurch besser wird?

Gisela Sengl (GRÜNE): Wie kommen Sie jetzt auf das Mercosur-Abkommen? Ich verstehe nicht, warum unsere Fraktion das favorisieren sollte. Wir sind total dagegen. Außerdem hat das mit dem Antrag gar nichts zu tun. Ich habe nur gesagt: Biozucker wird bisher aus Biorohrzucker hergestellt, zumindest der überwiegende Teil. Es wäre eine riesige Chance für die Zuckerrübenbauern in Deutschland und vor allem auch in Bayern, wenn sie ihre Zuckerrübenproduktion auf Bio umstellen würden. Dann hätten wir nämlich einen Biorübenzucker, den man mit dem Bayerischen Bio-Siegel ausstatten könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Frau Sengl. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Leopold Herz für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

(Horst Arnold (SPD): Zuckerrodung!)

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte die Problembeschreibung und die Punkte für überwiegend richtig getroffen von den Kollegen der AfD. Das heißt aber nicht, dass wir diesem Antrag deshalb zustimmen. Ich will drei Punkte nennen:

Am 12. April dieses Jahres hat sich die Agrarministerkonferenz mit diesem Thema befasst und die Punkte in die Bearbeitung genommen. Zudem sind die angesprochenen Punkte überwiegend Thema der Bundespolitik und damit natürlich auch nach Brüssel gerichtet. Als letzten Punkt will ich betonen, dass in der letzten Wahlperiode und – wie

der Kollege eben gesagt hat – auch schon in dieser Wahlperiode wir FREIE WÄHLER und auch andere Parteien dazu schon Anträge gestellt haben.

Es ist also in diesem Problembereich, der natürlich sehr wesentlich ist, einiges getan worden. Die Zuckerrübenbauern sind in arge Nöte geraten, aber um eine Lösung vorzubringen, ist der Antrag einfach zu spät. Die Dinge sind schon auf dem Weg. Wir werden alles daransetzen, dass hier weiterhin gute Lösungen entstehen; denn es wäre fatal, wenn die Zuckerrübenbauern vor die Hunde gehen würden. Das verbietet schon die lange Tradition in Deutschland. Wie gesagt, wir müssen das aus meiner Begründung heraus ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie am Mikrofon, Herr Dr. Herz. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Mannes von der AfD.

Gerd Mannes (AfD): Ich wollte noch einmal nachfragen: Was ist konkret auf dem Weg? Fakt ist, dass die Notfallbeize in vielen anderen europäischen Ländern erlaubt wurde. Meines Wissens hat die Erzeugergemeinschaft, die in Schwaben vor Ort ist, auch die Notfallbeize beantragt. Das wurde vom Umweltministerium abgelehnt. Das sind natürlich keine Wettbewerbsbedingungen für die bayerischen Bauern, die den anderen gleichen. Deswegen wollte ich noch einmal fragen: Was konkret ist jetzt auf dem Weg? Was hat die Staatsregierung gemacht?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Herz.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, ich beziehe mich auf die im Antrag angeführten vier Punkte. Diese vier Punkte sind von der Agrarministerkonferenz aufgenommen worden, und es wurde zugesagt, sie zu bearbeiten. Alles andere, die angeführten Kritikpunkte, möchte und kann ich hier nicht kommentieren; denn wir müssen uns immer auf den vorliegenden Antrag beziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLER und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Dr. Herz. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Ruth Müller.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Antrag 18/2817 geht es in erster Linie darum, die für Insekten hochtoxischen Neonicotinoide wieder einzusetzen. Die Antragsteller verweisen darauf, dass sie im Rahmen von Notfallzulassungen in anderen Ländern eingesetzt werden dürfen; folglich will man das auch wieder bei uns ermöglichen.

Wir als Bayern-SPD-Landtagsfraktion kämpfen seit Jahren gegen die Anwendung dieser hochgiftigen Insektizide, die nachweislich auch zum Bienensterben oder zur massiven Schwächung der Völker beitragen. Das geschieht auch über die Guttation, das Schwitzen der Pflanzen, was die Einbringung in die Umwelt mittels der Beizung erklärt. Die Beizanwendung wird auch aus diesem Grund vom Bundesumweltministerium als fundamentalkritisch angesehen.

Auch aus diesem Grund hat sich die Bundesregierung bei der EU-Kommission über das Agieren anderer Mitgliedstaaten beschwert. Aktuell beabsichtigt die Kommission, zwei Mitgliedstaaten die Erteilung von Notfallzulassungen zu verbieten. Jetzt kommt von Ihnen der Vorschlag: Weil andere eine aus unserer Sicht unzulässige Notfallzulassung erteilt haben, sollen wir dies auch wieder ermöglichen. Das wäre ungefähr so, als würde man mit 80 km/h durch die Ortschaft brettern, weil das andere auch tun. Da kann man sich nur ans Hirn fassen.

Wir brauchen einheitliche Standards in der EU, und wir brauchen bessere Preise für unsere Zuckerrüben. Diese werden wir aber nicht dadurch erreichen, indem wir uns an den Schlechtesten orientieren. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Frau Müller. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Christoph Skutella für die FDP.

Christoph Skutella (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im Mai dieses Jahres im Landwirtschaftsausschuss den Antrag der CSU "Faire Rahmenbedingungen für den bayerischen Zuckerrübenanbau" beraten und gemeinsam – auch Sie haben mitgestimmt – beschlossen. In dem Antrag stand: Der Landtag soll sich zum Zuckerrübenanbau in Bayern als Existenzgrundlage vieler landwirtschaftlicher Betriebe und zu den bestehenden Produktionsstandorten für Zucker bekennen. Außerdem haben wir gemeinsam die Staatsregierung aufgefordert, auf Bundes- und Europaebene die Bemühungen um faire Rahmenbedingungen für den bayerischen Zuckerrübenanbau weiter zu verstärken.

Des Weiteren haben wir gemeinsam beschlossen, dass wir vergleichbare Wettbewerbsbedingungen für Rübenbauern in ganz Europa erreichen wollen. – Genau das ist der Punkt. Wir brauchen in der EU einen fairen Wettbewerb; sonst sind unsere Zuckerproduzenten tatsächlich in Schwierigkeiten.

In einigen EU-Staaten werden nach wie vor gekoppelte Direktzahlungen bei Zuckerrüben von über 500 Euro je Hektar gewährt. Dadurch haben die Rübenbauern in diesen Ländern einen Kostenvorteil von bis zu 30 % gegenüber Deutschland. Das führt zu Wettbewerbsverzerrungen zulasten der heimischen Zuckerwirtschaft.

Aus diesem Grund muss – und das ist der Hauptgrund, mit dem wir arbeiten können – vor allem im Zuge der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik die Zuckerrübe aus dem Katalog der prämienberechtigten Feldfrüchte für gekoppelte Zahlungen gestrichen werden. Wir lehnen den Antrag ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Skutella. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Deshalb kommen wir nun zur namentlichen Abstimmung. Die Wahlurnen stehen insbesondere an den beiden Türen bereit. Sie haben für die Abstimmung fünf Minuten Zeit. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 20:52 bis 20:57 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmkarten werden außerhalb des Plenarsaals ausgezählt. Ich werde nachher bekannt geben, wie die Auszählung ausgegangen ist. Bis dahin wird die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung von 20:57 bis 20:59 Uhr)

Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Mannes, Stadler, Winhart und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Erhalt der gesamten Technologie und Wertschöpfungskette des Zuckerrübenanbaus in Deutschland" auf Drucksache 18/2817 bekannt. Mit Ja haben 18, mit Nein 118 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir die Tagesordnung für heute abgearbeitet. Wir treffen uns am 7. November wieder zur nächsten Plenarsitzung. Ich wünsche Ihnen allen noch einen schönen Restabend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 21:00 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.10.2019 zu Tagesordnungspunkt 7: Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Ralf Stadler, Andreas Winhart u. a. und Fraktion AfD; Erhalt der gesamten Technologie und Wertschöpfungskette des Zuckerrübenanbaus in Deutschland (Drucksache 18/2817)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Dr. Faltermeier Hubert			
Adjei Benjamin				Fehlner Martina			
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias		X	
Aiwanger Hubert				Flierl Alexander		X	
Arnold Horst		X		Flisek Christian			
Aures Inge		X		Franke Anne			
				Freller Karl		X	
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Patrick		X	
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus	X			Ganserer Markus (Tessa)			
Becher Johannes				Gehring Thomas			
Becker Barbara		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz	X			Glauber Thorsten		X	
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin	X			Gottstein Eva		X	
Bozoglu Cemal		X		Graupner Richard	X		
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald		X	
von Brunn Florian		X		Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus		X					
Busch Michael				Häusler Johann			
				Hägen Martin			
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Dr. Cyron Anne				Halbleib Volkmar		X	
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian				Hartmann Ludwig			
Demirel Gülseren				Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex				Haubrich Christina			
Dremel Holger		X		Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert		X		Herold Hans			
Duin Albert				Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin	X			Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra		X	
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes			
Enders Susann				Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang				Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik			
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian			
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	18	118	0